



**SPD Landesverband Berlin
Kreis Pankow**

Wahlperiode 2022 bis 2024

4. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)

8. Juli 2023

Beschlussbuch

Voten KDV 8. Juli 2023

Die KDV hat folgende Voten gefasst:

- ANT 048/04 – Annahme in der Fassung der Antragskommission
- ANT 049/04 – Annahme
- ANT 050/04 – Annahme
- ANT 051/04 – Annahme mit Änderung
- ANT 052/04 – Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Änderungen
- ANT 053/04 – Annahme in der Fassung der Antragskommission
- ANT 054/04 – Ablehnung
- I-ANT 055/04 – Annahme
- I-ANT 056/04 – Ablehnung
- I-ANT 057/04 – Annahme mit Änderungen

ANT 032/03, der auf der vorherigen KDV zurückgestellt worden war, wurde auf Vorschlag der Antragskommission abermals zurückgestellt und soll zur nächsten KDV vorgelegt werden. Der Kreisvorstand wurde gebeten, ein Verfahren zur zwischenzeitlichen Qualifizierung dieses Antrags zu finden.

ANT 048/04

Antrag Nr.

Abteilung 03/05 Pankow-Süd

07.06.2023

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Wickeltische in öffentlichen Gebäuden und in der Gastronomie
gesetzlich garantieren**

1 Wir fordern eine gesetzlich garantierte Einrichtung von Wickeltischen in öffentlichen Gebäuden
2 und vor allem in der Gastronomie.

3

4

1. In öffentlichen Gebäuden des Landes und der Bezirke, in denen Publikumsverkehr
5 herrscht, soll zukünftig ein für alle Geschlechter zugänglicher Wickeltisch (inkl.
6 angemessener Beleuchtung und säuglingsgerechter Temperierung bzw. mit
7 Wärmelampe) zur Verfügung stehen. Dies soll in einer gesetzlichen Selbstverpflichtung
8 verbindlich geregelt sein.

9

10

2. In der Gastronomie soll sichergestellt sein, dass Babys zukünftig zuverlässig gewickelt
11 werden können und Eltern dadurch beruhigt zu Gast sein können. Die Verordnung zur
12 Ausführung des Gaststättengesetzes soll entsprechend geändert und zukünftig jene
13 Gastronomiebetriebe in die Pflicht nehmen, die auch heute schon einer Toilettenpflicht
14 unterliegen:

15

16

a. Für Gastronomiebetriebe über 50 m² Schank- und Speiseraumgrundfläche oder
17 mit 10 bis 249 Sitzplätzen sehen wir zukünftig mindestens einen Wickeltisch in
18 angemessener Beleuchtung und säuglingsgerechter Temperierung bzw. mit
19 Wärmelampe vor. Der Wickeltisch kann als platzsparender Klapp Tisch ausgeführt
20 werden. Dieser Wickeltisch kann in einem sanitären Multifunktionsraum ohne
21 Geschlechtertrennung erfüllt werden. Sollte diese Erfüllung in einem Raum mit
22 Geschlechtertrennung stattfinden, so ist jeweils ein Wickeltisch in den
23 Räumlichkeiten aller Geschlechter zu erfüllen. Die Investitionskosten liegen bei
24 ca. 200-300 EUR.

25

26

b. Für Gastronomiebetriebe mit 250 Sitzplätzen oder mehr erfolgt die Festsetzung
27 im Einzelfall, wobei die Regelungen aus 10 bis 249 Sitzplätzen nicht
28 unterschritten werden dürfen.

29

30

c. Für Gastronomiebetriebe mit geteilter Toilettenanlage, bspw. in Einkaufszentren,
31 in Markthallen oder in Bahnhöfen, ist die Anzahl der Einzelsitzplätze bzw. die
32 Schank- und Speiseraumgrundfläche zu addieren.

33

34

d. Für die Erfüllung im Bestand ist eine Übergangsfrist von 1 Jahr angemessen. Für
35 Neubauten oder für Neueröffnungen mit Sanierung der Sanitäreanlagen ist eine

- 36 Übergangsfrist ausgeschlossen und die gesetzliche Regelung greift sofort. Die
37 gesetzliche Verpflichtung greift auch sofort, wenn eine Nachrüstung für die
38 Sicherstellung der Barrierefreiheit in Bezug auf die Toilettenanlagen ansteht.
39 Sachlich begründete Ausnahmegenehmigungen, bspw. aus feuerpolizeilichen
40 Gründen oder aus Gründen des Denkmalschutzes, sind für 25 Jahre in die Hände
41 der Bezirke zu legen.
- 42
- 43 e. Gastronomiebetriebe, in denen aus Gründen des Jugendschutzes oder des
44 Nichtraucherschutzgesetzes die Anwesenheit von Säuglingen ausgeschlossen
45 ist, sind von entsprechenden Vorschriften zu befreien.
- 46
- 47 f. Sollten die baulichen Gegebenheiten die Anbringung einer fest installierten
48 Wickelunterlage verhindern, sind die Gastronomiebetriebe verpflichtet, eine
49 stabile, aber mobile Wickelunterlage (Schaumstoff, Wickelbrett) und Einweg-
50 Wickelunterlagen vorzuweisen.
- 51
- 52 g. Die sozialdemokratischen Mitglieder in Senat und Abgeordnetenhaus werden
53 aufgefordert, über den Landeshaushalt ein Landesförderprogramm zur
54 Anschubfinanzierung von Wickeltischen aufzulegen.

Begründung:

Pankow ist einer der kinderreichsten Bezirke in Berlin. Vielfältige Angebote für Familien mit Kindern schaffen eine kinderfreundliche Atmosphäre, die wir alle im Alltag wahrnehmen durch die vielen Kinderwagen auf den Pankower Bürgersteigen und die vollen Spielplätze bei schönem Wetter. Die SPD Berlin unterstützt Familien bereits auf vielfältige Weise, indem sie für eine verlässliche Kinderbetreuung in Kita und Ganztagschule sowie für Investitionen in Sportanlagen und Schwimmbäder sorgt. Berlins Familien profitieren auch finanziell stark von der SPD-Politik – ihnen bleibt mehr Geld zum Leben durch kostenfreies Schulessen, freie Fahrt im Nahverkehr und die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit. Zur kinderfreundlichen Atmosphäre gehört auch, dass Eltern auch mit einem Baby Teil des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens werden können und damit auf Teilhabe nicht verzichten müssen.

Leider ist diese Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben an vielen Stellen eingeschränkt. Eine zuverlässige Versorgung mit Wickelgelegenheiten ist in unserer Stadt derzeit nicht gewährleistet. Das Vorfinden eines sicheren, sauberen, säuglinggerechten Wickeltisches in öffentlichen Gebäuden oder in der Gastronomie sollte schon heute selbstverständlich sein. Leider sieht die Realität anders aus und Eltern stehen zu oft vor der Herausforderung, wie und wo sie ihre Babys wickeln und so die grundsätzlichen Bedürfnisse ihres Babys erfüllen können.

Mit diesen Maßnahmen werden zukünftig Wickeltische ein zuverlässiger und berechenbarer Teil des Alltages in Berlin. Gut für das Wohlbefinden, die Pflege und die Gesundheit der Babys in unserer Stadt. Darüber hinaus ist dies ein wichtiger Baustein für eine Stadt, in der Kinder willkommen sind und in der auch Eltern ein Stück Freiheit wahrnehmen und am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
04. KDV am 08.07.2023

WP 2022 bis 2024

ANT 049/04

Antrag Nr.

Abteilung 03/07 Weißensee

19.06.2023

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- x **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Grenzenloser Bahnverkehr in Europa

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und des EU-
- 2 Parlaments auf, sich für die Einführung eines einheitlichen europäischen Buchungssystems für
- 3 den Bahnverkehr einzusetzen. Es soll dadurch möglich sein, unkompliziert auf jedem
- 4 Vertriebsweg ein Ticket zu erwerben, dass durchgängig von einem europäischen Startbahnhof
- 5 zu einem europäischen Zielbahnhof gültig ist. Hierdurch wird nicht nur der Buchungsvorgang
- 6 vereinfacht, sondern auch im Falle eines verpassten Anschlusszuges die Haftung durch die
- 7 Bahnbetreiber übernommen und eine tragbare sowie zuzahlungsfreie Alternativverbindung für
- 8 die Kundin bzw. den Kunden ermöglicht. Mit dieser Maßnahme kann der grenzüberschreitende
- 9 Bahnverkehr attraktiver gestaltet und damit ein essenzieller Beitrag zum Erreichen der
- 10 Klimaziele und zur Umsetzung des „New Green Deals“ geleistet werden.

Begründung:

In Zeiten der Klimakrise ist notwendig die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, vor allem im Mobilitätssektor. Viele Europäer*innen wollen dies auch privat umsetzen: mit Bahn statt Auto. Da viele von ihnen europäisch denken, ist ihre Mobilität bei Geschäfts- und Urlaubsreisen auch europäisch.

Leider sind viele Bahngesellschaften immer noch national denkend aufgestellt und agierend. Hierbei ist es oft schwierig bis nicht möglich, grenzüberschreitende Fahrkarten zu erwerben. Oft geschieht das nur für Teilabschnitte und man muss separat weitere Tickets erwerben. Oft ist dies nur schwer möglich und eine gewisse Kenntnis ist oft notwendig, um dies zu schaffen. Vor allem bei Fahrten in Länder, die nicht mehr direkte Nachbarländer sind, ist dies oft schwierig.

Bei dem aktuellen Buchungssystem wird zudem das Risiko eines verpassten Anschlusses auf den Kunden übertragen, der dann sich oft ein neues Ticket zu sehr hohen Kosten selber kaufen muss. Dies schreckt viele potenzielle Kunden zurecht ab und motiviert zu einem Umstieg aufs Auto oder Flugzeug.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
04. KDV am 08.07.2023

WP 2022 bis 2024

ANT 050/04

Antrag Nr.

Abteilung 03/06 Alt-Pankow

24.06.2023

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Sanierung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Berlin

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und die
2 sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats dazu auf, sich für eine dringend nötige
3 Verbesserung des ÖPNV in Berlin einzusetzen und konkret folgende Punkte umzusetzen:
4
5 • Deutliche Vereinfachung und Beschleunigung des Verwaltungsablaufs und der
6 Genehmigungsprozesse für Ausbau-, Sanierungs- und Erweiterungsprojekte des ÖPNV.
7
8 • Das Land Berlin wird einen politischen Schwerpunkt in den Ausbau und die Sanierung des
9 ÖPNV setzen.
10
11 • Die SPD unterstützt die Forderung der Gewerkschaften die Vergütung bei der BVG und der S-
12 Bahn Berlin zu verbessern und das Berufsbild weiter zu entwickeln und zu attraktivieren.

Begründung:

Der öffentliche Verkehr in Berlin hat in den letzten Jahren stark an seiner Qualität und Zuverlässigkeit gelitten. Ausfälle und Verspätungen sind zu den Hauptverkehrszeiten eher die Regel als die Ausnahme. Eine verlässliche zeitlich Planung von Strecken ist oft nicht mehr möglich. Besonders betroffen sind davon Berliner*innen, die regelmäßig längere Wege durch die Stadt zurücklegen müssen. Gerade Menschen mit privaten Verpflichtungen, die sie neben der Arbeit haben, wie zum Beispiel Eltern oder Pflegende von Familienangehörigen, können den VBB nicht mehr als verlässlichen Transportpartner wahrnehmen.

Aktuell führt das dazu, dass immer mehr Menschen die Nutzung vorhandener KFZ forcieren und die Zahl der KFZ-Neuanmeldungen seit mehreren Jahren steigt.

Gleichzeitig betreibt Berlin im Land und den Bezirken eine Verkehrspolitik, gegen den motorisierten Individualverkehr, was in Erkenntnis einer dringend benötigten Verkehrswende begründet ist. Diese Maßnahmen laufen allerdings aktuell an den tatsächlichen Nutzungstendenzen entgegen und verschärfen die Konflikte um den öffentlichen Raum.

Sowohl verkehrs- aber vor allem umweltpolitisch geht kein Weg an einer lange verschlafenen Verkehrswende vorbei. Nur so können wir die aktuellen und künftigen Probleme der innerstädtischen Mobilität und eines immer stärker pressierenden Klimaschutzes lösen.

Das Rückgrat eines Wandels des Verkehrs, weg vom motorisierten Individualverkehr, gelingt nur mit einem zuverlässigen öffentlichen Verkehr.

Über viele Jahre wurden im ÖPNV in Berlin aber Investitionen gescheut. Viele Teilstrecken bei S-Bahn, U-Bahn, aber auch der Straßenbahn sind dringend sanierungsbedürftig. Außerdem können die S-Bahnen und U-Bahnen aber auch die Straßenbahnen und Busse zu den Hauptverkehrszeiten in der aktuellen Taktung die Fahrgastzahlen kaum bewältigen, was zu teilweise unzumutbaren Überfüllungen der Fahrzeuge führt. Und ein immer größer werdender Personalmangel bei S-Bahn und BVG sorgt neben den vielen technischen Problemen für Ausfälle und Verspätungen.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
04. KDV am 08.07.2023

WP 2022 bis 2024

ANT 051/04

Antrag Nr.

Abteilung 03/06 Alt-Pankow

24.06.2023

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Sonnencreme für alle

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH und der BVV Pankow mögen veranlassen,
- 2 dass geprüft wird, ob und wie Sonnenschutzcreme an städtischen Hotspots und anderen
- 3 öffentlichen Flächen, Einrichtungen und Schulen kostenfrei bereitgestellt werden kann.

Begründung:

Hautkrebs ist derzeit auf dem Vormarsch und eincremen ist der beste Schutz. Sonnenmilch ist jedoch sehr teuer, so dass sich diesen Schutz nicht jede*r leisten kann. Dabei ist es wichtig, dass sich insbesondere bereits Kinder ans einschmieren mit Sonnenmilch gewöhnen.

ANT 052/04

Antrag Nr.

Jusos Pankow, AG Migration und Vielfalt Pankow

25.06.2023

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Irrweg der Reform des Gemeinsamen Europäischen
Asylsystems beenden**

- 1 Wir fordern von der gesamten Bundesregierung, insbesondere den sozialdemokratischen
2 Mitgliedern der Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion sowie den sozialdemokratischen
3 Mitgliedern des Europäischen Parlamentes, den beim EU-Gipfel der Innenminister im Juni 2023
4 begonnenen Irrweg der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu beenden und
5 sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen sowie im Trilog-Verfahren der Europäischen Union
6 für folgende Punkte einzusetzen:
7
- 8 • Verpflichtende Asylgrenzverfahren für Menschen aus Staaten mit einer geringen Schutzquote
9 sind abzulehnen. Bei einer flächendeckenden Einführung von Grenzverfahren sind haftähnliche
10 Zustände zu befürchten, die wiederum die zivilgesellschaftliche und anwaltliche Unterstützung
11 erschweren und den Rechtsschutz einschränken. Unterbringungen und Camps an
12 Außengrenzen wie in Moria, dürfen sich unter keinen Umständen wiederholen! Daher darf es
13 keine de facto Inhaftierungen geben: Alle Einrichtungen müssen im laufenden Asylprozess
14 jederzeit und an jedem Schritt unverzüglich verlassen werden können.
15
 - 16 • Es müssen jederzeit die rechtsstaatlichen Standards für Asylverfahren gesichert werden. Es
17 darf nicht sein, dass Menschen innerhalb dieser Asylgrenzverfahren kein reguläres Asyl-
18 Verfahren durchlaufen. Das höhlt das Grundrecht auf Asyl grundlegend aus und widerspricht
19 damit auch der Genfer Flüchtlingskonvention. Bei der Prüfung und Entscheidung von
20 Asylanträgen muss weiterhin in jedem Fall ein rechtsstaatliches Einzelfallverfahren stattfinden.
21 Ablehnungen und folgende Abschiebungen von Asylbeantragenden auf Grund von
22 Anerkennungsquoten lehnen wir vehement ab.
23
 - 24 • Es braucht einen echten solidarischen Verteilmechanismus innerhalb der EU.
25
 - 26 • Die vorgesehenen Asylrechts- und Einreiseeinschränkungen für begleitete geflüchtete Kinder
27 dürfen nicht umgesetzt werden. Insbesondere sind dabei Aspekte abzulehnen, die klare
28 Benachteiligungen für Kinder und Jugendliche mit ihren Familien, wie der Gefahr einer
29 Inhaftierung von Minderjährigen und der Ausschluss des Familiennachzuges zur Folge haben.
30
 - 31 • Vulnerabilität muss fachlich adäquat durch unabhängige Stellen geprüft werden. Medizinische

32 und psychologische Betreuung ist dauerhaft sicherzustellen.

33

34 • Analog zur deutschen Regelung sollten Geflüchtete eine unabhängige Verfahrensberatung an
35 die Seite gestellt bekommen. Hilfsorganisationen brauchen jederzeit Zugang zu Orten der
36 Unterbringungen.

37

38 • Es muss ein verpflichtendes Menschenrechts-Monitoring durch Nichtregierungsorganisationen
39 in allen Phasen des Asylprozesses geben. Der Zugang und die Transparenz müssen
40 vollumfänglich gewährleistet sein.

41

42 • Die Bundesregierung muss sich in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten für den
43 Einsatz und Ausbau der Seenotrettung mit ärztlicher Versorgung einsetzen, um das Sterben
44 von flüchtenden Menschen auf dem Mittelmeer ein für alle Mal zu durch humanitäre
45 Maßnahmen zu beenden. Dazu braucht es auch eine staatlich organisierte europäische
46 Seenotrettung. Hilfsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert und diffamiert werden; sie sollen
47 aufgenommene Geflüchtete unmittelbar in europäische Häfen ausschiffen dürfen. Es dürfen
48 keine Menschen mehr sterben, weil ihnen eine reguläre Einreise unmöglich gemacht wird.

49

50 • Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen – auch unter Beteiligung
51 von Frontex – müssen aufhören. Solange diese Grenzschutzorganisation besteht, muss die
52 Frontex-Politik an den europäischen Grenzen im Sinne humanitärer Hilfe überarbeitet und
53 geändert werden. Die Bundesregierung muss sich entschieden aktiv gegen Push-Backs
54 einsetzen.

55

56 • Frontex ist gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Rat rechenschaftspflichtig.
57 Frontex muss von einem ständigen parlamentarischen bzw. unabhängigen Kontrollgremium
58 überwacht werden, nach dem Vorbild von Europol. In diesem muss Frontex regelmäßig,
59 transparent und umfassend über die allgemeinen Tätigkeiten und über Vorgänge von
60 besonderer Bedeutung unterrichten und weiteren Berichtswünschen nachkommen.

61

62 • Grundsätzlich sind Rückführungen in nicht sichere Herkunftsländer abzulehnen.
63 Rückführungen in sogenannte sichere Drittstaaten, wie im Kompromiss vorgesehen, in denen
64 Geflüchtete sich auf ihrer Flucht aufgehalten haben, lehnen wir auch ab. Dass nicht mehr der
65 Fluchtgrund, sondern nur noch der Reiseweg über den Ausgang des Verfahrens entscheiden,
66 darf nicht Realität werden. Mindestens muss jedoch gewährleistet sein, dass diese durch die
67 EU zu „sicher“ erklärten Drittstaaten vollumfänglich die Genfer Flüchtlingskonvention
68 anwenden. In diesem Zusammenhang muss auch eine enge Verbindung zwischen
69 Geflüchteten und Drittland bestehen. Methoden, wie die Aufweichung der Einstufung dieser
70 Verbindung, damit die Menschen an einem Asylantrag gehindert werden, müssen strikt
71 unterbunden werden. Grundsätzlich sprechen wir uns jedoch in jedem Fall gegen das aus der
72 Verantwortung ziehen der EU, Asylverfahren an Drittstaaten sowie gegen Asylabkommen mit
73 menschenrechtlich fragwürdigen Partnerstaaten mit aller Klarheit aus.

74

75 Sollten diese Punkte nicht erfüllt sein, fordern wir sowohl von der Bundesregierung als auch den
76 sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, einem etwaigen
77 Kompromiss nicht zuzustimmen. Die angeführten Punkte sind essenzielle Bestandteile für ein
78 Gemeinsames Europäisches Asylsystem, welches den Demokratie- sowie
79 Menschenrechtsstandards der EU entspricht. Ein Unterlaufen dieser Standards muss mit allen
80 Kräften verhindert werden. Sollte die Reform gleichwohl in Kraft treten, fordern wir die
81 Bundesregierung auf, dagegen im Wege der Nichtigkeitsklage vor dem EuGH vorzugehen, um

82 diejenigen Vorschriften zu beseitigen, die mit den europäischen Grundrechten unvereinbar sind.
83 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion fordern wir dazu auf, darauf hinzuwirken, die
84 Bundesregierung gesetzlich zu diesem Schritt zu verpflichten. Falls ein entsprechendes Gesetz
85 an den Koalitionspartner*innen scheitern sollte, so sollen ihre Abgeordneten zumindest eine
86 Subsidiaritätsklage gegen die Reform anstrengen.

87

88 Langfristig muss die Bundesregierung unmissverständlich Abstand von populistischen Vorgehen
89 und Narrativen nehmen, die die Aufnahme von Geflüchteten verweigert. Sie muss sich klar für
90 die Aufnahme geflüchteter Menschen aussprechen und sich gemäß der sozialdemokratischen
91 Leitlinie „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ und in ihrer Rolle als europäischer Player für dieses
92 Verständnis in der Europäischen Union starkmachen. Eine Fiktion der Nichteinreise ist zu jeder
93 Zeit abzulehnen.

94

95 Auch auf nationaler Ebene muss umfassend gehandelt werden. Die Kommunen müssen massiv
96 gestärkt werden, was bedeutet, diese angemessen finanzielle, strukturell und personell zu
97 stärken. Gleichzeitig muss die Integration zu einer öffentlichen Pflichtaufgabe werden, wofür eine
98 entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden muss.

Begründung:

Am 09. Juni 2023 wurde beim Rat der Innenminister:innen der Europäischen Union ein Kompromiss hinsichtlich der Reformierung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geschlossen. Die getroffene Einigung ist eine klare Abwehrhaltung gegenüber Menschen, die fliehen müssen und hat zum Ziel die EU zu einer Festung Europa auszubauen, welche nicht die Freiheits- und Menschenrechte aller Menschen wahrt. Diese Einigung als „historisch“ zu bezeichnen, empfinden wir als hochgradig unangebracht.

Wenige Tage nach dem Abschluss dieser Konferenz ist ein Schiff mit bis zu 700 Geflüchteten vor der Küste Griechenlands gekentert. Die genaue Zahl der Todesopfer ist bis heute nicht bekannt – man kann jedoch davon ausgehen, dass bei diesem Unglück mehrere Hundert Menschen gestorben sind. Ein illegaler Push-Back des Bootes durch die griechische Küstenwache kann aktuell als Ursache des Kenterns nicht ausgeschlossen werden.

Der Tod dieser Menschen muss Weckruf für die gesamte europäische Gesellschaft sein, endlich eine humanitäre Asylpolitik in der EU zu etablieren, damit das grauenhafte Sterben im Mittelmeer aufhört.

Der sogenannte Asyl-Kompromiss kann hierbei aus unserer Sicht nicht die Lösung sein, da er den sozialdemokratischen Grundwerten „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ nicht ansatzweise Rechnung trägt.

ANT 053/04

Antrag Nr.

Abteilung 03/12 Helmholtzplatz

25.06.2023

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- x **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Humanitären Schutz für russische Kriegsdienstverweigerer
gewährleisten**

- 1 Die SPD möge anstreben, die gegebenen Rechtsgrundlagen des Asyl- und Aufenthaltsrechts
- 2 zur Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für russische Kriegsdienstverweigerer in der
- 3 Regierungsverantwortung voll auszuschöpfen. Die SPD möge prüfen, die Rechtsgrundlagen
- 4 gegebenenfalls zu erweitern, um ihnen eine Aufenthaltsmöglichkeit in Deutschland zu
- 5 gewähren.

Begründung:

Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete am 2. Juni 2023 den russischen Präsidenten Putin als „Kriegstreiber“, der mit 200.000 Soldaten in die Ukraine einmarschiert ist und „das Leben seiner eigenen Bürger für einen imperialistischen Traum riskiert“. Nach den Worten von Bundeskanzler Olaf Scholz könnten bereits 100- bis 150.000 russische Soldaten gestorben sein.

In seiner Rede zur Eröffnung des 38. Deutschen Evangelischen Kirchentages am 7. Juni 2023 sprach Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier über den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 als „Epochenbruch“ durch den „brutalen, menschenverachtenden Angriffskrieg“. Nach den Worten des Bundespräsidenten zerstört der Vernichtungsfeldzug Russlands gegen die demokratische und souveräne Ukraine „die Werte, auf denen unsere Demokratie und unser gemeinsames Europa gründen: die Gültigkeit des Völkerrechts, die Anerkennung von Grenzen, das friedliche Zusammenleben aller Menschen in Freiheit und Demokratie“.

Männer, die einberufen werden, um für Putin zu töten, können sich weder einer Einberufung entziehen noch in vielen Fällen ihr Leben retten. Viele von Ihnen sterben an der Front. „Nie wieder“ heißt auch, dass wir es nicht zulassen, dass Männer für einen verbrecherischen Krieg zu Soldaten gemacht und getötet werden. Wer sich dem Angriffskrieg und den schweren Verbrechen der russischen Armee verweigert, muss auf unsere Solidarität vertrauen können.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
04. KDV am 08.07. 2023

WP 2022 bis 2024

I-ANT 055/04

Antrag Nr.

Jusos Pankow

06.07.2023

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Für eine angemessene Mindestlohnerhöhung!

1 Wir begrüßen, dass der Parteivorstand angekündigt hat, sich für eine weitere Erhöhung des
2 Mindestlohnes gemäß der Mindestlohn-Richtlinie der Europäischen Union einzusetzen. Als
3 resultierender Wert werden demnach nach aktuellem Stand häufig 14 Euro genannt. Allerdings
4 findet in diesem Rahmen eine Inflationsanpassung keinen Platz, was für die Kaufkraftsicherung
5 der mindestlohn-beziehenden Menschen jedoch enorm wichtig ist.

6
7 Daher fordern wir von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesregierung, insbesondere
8 vom sozialdemokratischen Bundeskanzler sowie dem sozialdemokratischen Bundesminister für
9 Arbeit und Soziales und der gesamten SPD-Bundestagsfraktion sich für eine weitere Erhöhung
10 des Mindestlohnes per Rechtsverordnung auf 15 Euro zum 01.01.2024 einzusetzen. Die SPD
11 muss dauerhaft für einen armutsfesten und inflationsfesten Mindestlohn eintreten.

Begründung:

Am 26.06.2023 hat die Mindestlohnkommission ihren Vorschlag veröffentlicht, in welchem Maß der Mindestlohn für die Jahre 2024 und 2025 steigen soll. Die Mindestlohnkommission schlägt demnach vor, dass der Mindestlohn zum 01.01.2024 auf 12,41 Euro steigen, wonach zum 01.01.2025 eine Erhöhung auf 12,82 Euro folgen soll. Diesen Vorschlag empfinden wir als beschämend. Dieser Beschluss erfolgte dabei das erste Mal nicht im Konsens, da die Vertreter:innen der Arbeitnehmer:innen und besonders die Gewerkschaften diesem Beschluss nicht zustimmen konnten.

In Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kam es in nahezu allen Lebensbereichen zu massiven Preissteigerungen und zu hohen Inflationsraten. Dabei ist allseits bekannt, dass die Inflation insbesondere Menschen mit geringen Einkommen am härtesten trifft, da diese bereits vor den Preissteigerungen enorm auf ihre Ausgaben achten mussten und keine Rücklagen aufbauen konnten.

Aktuell beziehen ca. sechs Millionen Menschen den Mindestlohn. Die Erhöhung um 41 Cent würde für diese Menschen eine Lohnerhöhung von lediglich 3,4 Prozent bedeuten. Bei Inflationsraten, insbesondere in grundlegenden Lebensbereichen, von über 10 Prozent führt dies zu massiven Reallohnverlusten. Das dürfen wir als SPD nicht einfach hinnehmen!

Die Mindestlohn-Richtlinie der Europäischen Union empfiehlt bei der Berechnung angemessener, armutsfester Mindestlöhne, den Medianlohn als Referenzwert zu Grunde zu legen. Dabei ergeben 60 Prozent dieses Medianlohnes einen armutsfesten Mindestlohn, was laut den Gewerkschaften, einen Mindestlohn von 14 Euro bedeuten würde.

Allerdings müssen wir vor dem Hintergrund der enorm hohen Inflation eine angemessene Anpassung vornehmen, um Kaufkraftverlusten bei den betroffenen Menschen vorzubeugen. Aus diesem Grund gehen wir weiter und fordern einen Mindestlohn von 15 Euro, damit jede:r Beschäftigte:r angemessen von ihrem:seinem Gehalt bzw. Lohn leben kann. Denn die SPD muss zu jeder Zeit für gerechte Arbeitsbedingungen und Respekt für die Arbeit stehen.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
04. KDV am 08.07. 2023

WP 2022 bis 2024

I-ANT 057/04

Antrag Nr.

Jusos Pankow

08.07.2023

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

We love Späti: Nein zum geplanten Sitzplätzeverbot für Spätis in Pankow!

- 1 Wir stellen uns klar gegen die Pläne der Pankower Ordnungsstadträtin, Manuela Anders-
2 Granitzki (CDU), Sitzplätze vor Pankower Spätis untersagen zu wollen. Wir fordern daher von
3 den sozialdemokratischen Bezirksverordneten der BVV Pankow sich gegen dieses Vorhaben
4 einzusetzen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
5
6 Die SPD steht zu den Spätis, weil sie zur Kiezkultur in Pankow sowie ganz Berlin gehören. An
7 diesen zusammenzukommen, ohne kostenintensiv Getränke und ähnliches konsumieren zu
8 müssen, ist besonders für junge Menschen und Menschen mit geringen Einkommen wichtiger
9 Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Es müssen gemeinsame Lösungen mit den
10 Anwohner*innen gefunden werden, ein Verbot in jeglicher Form ist jedoch der falsche Weg und
11 lehnen wir ausdrücklich ab

Begründung:

Die Späti-Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil des Berliner Lebens und des sozialen Zusammenhaltes der Stadt. Vor Spätis treffen sich Personen aus verschiedensten Berufen, mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und aus allen Ecken Pankows. Spätis sind ein Ort zum Zusammenkommen und Austauschen. Besonders für Personen mit geringem Einkommen und junge Menschen sind Spätis ein Ort zum Verweilen. Hier kann man wesentlich günstiger Getränke kaufen, als in den umliegenden Gastronomien. Zudem würde eine Regelung in Pankow die Besitzer*innen vor Ort benachteiligen, da die Menschen in andere Bezirke ausweichen würden. Hierdurch wären finanzielle Folgen für die Betreiber*innen vorprogrammiert.

Für uns ist es deshalb wichtig, dass man diese Vorgärten vor Spätis erhält und junge Menschen und Menschen mit geringen Einkommen nicht weiter aus der Stadt drängt.

Wir appellieren auf Lösungen, die gemeinsam mit Anwohner*innen gefunden werden - ein Verbot lehnen wir jedoch in jeglicher Form ab. Spätis sind für uns ein wichtiger Bestandteil für eine lebenswerte Stadt, die offen für alle Menschen ist.